



Abo Logopädinnen kritisieren Kanton

«Leidtragende sind die Kinder»

Die Berner Bildungsdirektion hat in der Logopädie eine Übergangslösung erlaubt. Das sei eine Hauruckübung und komme viel zu spät, finden Logopäden.



Mirjam Comtesse

Publiziert: 29.06.2022, 15:02



7



Eine Logopädin macht mit einem kleinen Mädchen mithilfe eines Spiegels Sprechübungen.

Foto: Imago

Eigentlich ist die Bildungs- und Kulturdirektion des Kantons Bern den Logopädinnen und Logopäden ja entgegengekommen: Am Dienstag teilte sie mit, dass der geplante Systemwechsel ab August nicht so rigoros durchgezogen werde wie ursprünglich geplant. Als Übergangslösung während mindestens

einem Jahr können Kinder weiterhin zu frei Praktizierenden gehen. Sie sollen nicht unbedingt in die Schullogopädie.

Doch beim Berufsverband Logopädie Bern sorgt das keineswegs für ein Aufatmen: «Wir weisen jetzt seit Monaten darauf hin, dass einige Kinder wegen der Neuorganisation durch alle Maschen fallen könnten», sagt Adrienne Jenzer vom Vorstand. «Und jetzt, kurz vor Beginn der Sommerferien, gibt der Kanton nach.» Das sei viel zu spät.

Denn manche frei schaffende Logopädin habe ihre bisher betreuten Kinder bereits an Schulen überwiesen, wo es teilweise gar nicht genügend Ressourcen gebe, um die gesprochenen Lektionen abzudecken. «Und die frei gewordenen Plätze haben die Logopädinnen mit Vor-Kindergartenkindern besetzt, die von der Neuregelung nicht betroffen sind», sagt Adrienne Jenzer. Das heisst, viele frei Praktizierende können trotz des Zugeständnisses des Kantons keine Schulkinder mehr zurücknehmen oder neu erfasste aufnehmen.

Kinder könnten ohne Therapie dastehen

So droht auch mit der Übergangslösung eine Therapielücke. «Leidtragende dieser Hauruckübung sind die Kinder», sagt Adrienne Jenzer, die ebenfalls als freipraktizierende Logopädin arbeitet. Nach wie vor nicht beantwortet sei zudem die Frage, ob es an den Schulen überhaupt genügend Räume gibt, um alle Logopädiektionen abzuhalten.

Gestossen hat man sich beim Berufsverband überdies am Argument von Erwin Sommer, Vorsteher des kantonalen Amts für Kindergarten, Volksschule und Beratung, dass man mit der Neuorganisation der Logopädie das Vieraugenprinzip durchsetzen will. «Bis jetzt war es theoretisch möglich, dass ein Logopäde oder eine Logopädin ein Kind abklärt und dann sich selber eine bestimmte Anzahl Therapiestunden zuweist», sagte er gegenüber dieser Zeitung. Das wolle man künftig ausschliessen.

«Wir haben gegenüber der Bildungsdirektion schon zigmal erklärt, dass das nicht stimmt», betont Adrienne Jenzer. «Schon heute gilt mindestens das Sechsaugenprinzip.» Sie findet es ärgerlich, dass immer wieder die gleichen Argumente hervorgeholt würden. «Wir fühlen uns vom Kanton überhaupt nicht gehört.» Das gelte auch bei der Haltung des Kantons, dass die Logopädie wirkungsvoller sei, wenn sie an den Schulen stattfinde. «Ein Gegeneinander-Ausspielen von Schullogopädie und Praxis scheint uns eine sehr fragliche Strategie.» Es sei doch sinnvoller, ein gutes Miteinander zum Wohl der Kinder zu finden.

Grundproblem: Fachkräftemangel

Hintergrund der geplanten Neuorganisation der Logopädie ist die Revision des Volksschulgesetzes (Revos 2020), die ab dem neuen Schuljahr im August umgesetzt wird. Sie hat zur Folge, dass der Kanton grundsätzlich nur noch für

Kinder im Vorschulbereich und nach der obligatorischen Schulzeit die Kosten für die Therapie in einer privaten Praxis übernimmt. Ausgenommen sind Mädchen und Buben mit verstärkten sonderpädagogischen Massnahmen.

Als Grund für den Systemwechsel führt der Kanton auch Fairness-Überlegungen ins Feld: Wenn alle in der Schule logopädisch abgeklärt werden, sollen die Unterschiede zwischen den vielen Möglichkeiten in der Stadt und den wenigen privaten Angeboten auf dem Land weniger stark ins Gewicht fallen. Gleichzeitig hätten damit die Kinder von besonders initiativen Eltern und von solchen, die Sprachschwierigkeiten gar nicht erst erkennen, eher ähnliche Chancen.

Doch die Neuorganisation könnte den bereits jetzt herrschenden Fachkräftemangel verschärfen, weil zu wenige freischaffende Logopädinnen gewillt sind, sich für einzelne Lektionen an Schulen anstellen zu lassen. Dieses Problem hat der Kanton erkannt: «Statt dass eine Logopädin bei fünf verschiedenen Schulen angestellt ist, soll eine Schulleitung den Vertrag ausstellen und dann mit benachbarten Schulen zusammenarbeiten», erklärte Erwin Sommer am Dienstag.

In der ganzen Schweiz fehlen Logopädinnen – es handelt sich um einen fast reinen Frauenberuf. Im Kanton Bern sei das Problem aber besonders akut, heisst es beim Berufsverband Logopädie Bern. «Es wäre endlich an der Zeit, die Löhne zu erhöhen, damit Fachkräfte nicht nach Freiburg und Solothurn abwandern», fordert Adrienne Jenzer.

Gesprächsstoff – der Berner Podcast von BZ und Der Bund

Im Podcast «Gesprächsstoff» sprechen wir über Geschichten, die unsere LeserInnen und HörerInnen bewegen. Abonnieren Sie den Podcast auf [Spotify](#), [Apple Podcasts](#), [Google Podcasts](#) oder in jeder gängigen Podcast-App.

E10	Die Schattenseiten des Berner Hitzesommers	31 : 15
E9	Studierende und der Lehrpersonenmangel: Zwischen Motivatio...	31 : 26
E8	YB: Bilanz einer harzigen Saison	32 : 12
E7	Container für Geflüchtete: zumutbar oder Zumutung?	32 : 37
E6	Velo-Chaos am Bahnhof Bern: Wie weiter?	25 : 44

Mirjam Comtesse ist Historikerin und arbeitet als Redaktorin im Ressort Bern. Ihre Schwerpunkte sind Bildungspolitik und Religion. [Mehr Infos](#)

Publiziert: 29.06.2022, 15:02

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)

7 Kommentare